



Postulat Sager Urban und Mit. über Unterstützungskonzepte für die von den einschränkenden Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus betroffenen KMU

eröffnet am 7. September 2020

Der Regierungsrat soll die von ihm verfügten subsidiären Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus jeweils mit einem Unterstützungskonzept für die entsprechenden Branchen verbinden, um die wirtschaftlichen Folgen für die von den Einschränkungen betroffenen KMU abzufedern.

Begründung:

Seit der Rückkehr zur besonderen Lage obliegt es primär den Kantonen, mit geeigneten Massnahmen die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Davon macht auch der Kanton Luzern Gebrauch. Der Regierungsrat hat seit der erneuten Zunahme der Fallzahlen im Juli 2020 unterschiedliche Massnahmen getroffen, weitere werden angesichts der tendenziell steigenden Zahlen folgen. Diese Massnahmen sind angesichts der Dringlichkeit zur Bekämpfung des Coronavirus angezeigt und richtig.

Da die Einschränkungen nun aber subsidiär erfolgen, trägt der Kanton Luzern auch die Verantwortung, wenn er die Wirtschaftsfreiheit von Unternehmungen einschränkt. Er kann diese nicht wie bis anhin an den Bund delegieren. Diese vom Kanton getroffenen Einschränkungen sind in einigen Bereichen (z.B. bei Gastro-, Event- und Kulturunternehmen) so massiv, dass Firmen in ihrer Existenz bedroht sind und damit viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Der Anspruch der direkt oder indirekt von Massnahmen gegen das Coronavirus betroffenen Selbständigerwerbenden auf Corona-Erwerbersatz gilt – Stand heute – nur noch bis zum 16. September 2020. Auch die Ausfallentschädigung für Kulturunternehmen im Kanton Luzern kann – Stand heute – lediglich noch bis am 20. September 2020 geltend gemacht werden.

Da die von den Massnahmen betroffenen KMU aufgrund der kantonal verordneten Auflagen unverschuldet oftmals nicht mehr gewinnbringend wirtschaften können, muss der Kanton Luzern ihnen schnell und unbürokratisch mit adäquaten Massnahmen für die Dauer der Einschränkungen unter die Arme greifen. Diese Unterstützung kann einerseits finanziell erfolgen, andererseits aber auch in anderweitigen Massnahmen zur Unterstützung der Geschäftstätigkeit bestehen, wie dies beispielsweise mit den Möglichkeiten zur erweiterten Geschäftsfläche von Gastronomiebetrieben erfolgt ist. Dazu soll der Regierungsrat bei jeder weiteren Einschränkung zur Bekämpfung des Coronavirus eine Abschätzung über die Folgen der Massnahme mit den betroffenen Branchen besprechen und gemeinsam mit deren Vertreter*innen im Rahmen eines Unterstützungskonzepts mögliche Abfederungsmassnahmen festlegen.

Sager Urban
Heeb Jonas
Meyer-Jenni Helene
Schneider Andy
Muff Sara

Estermann Rahel
Wimmer-Lötscher Marianne
Fässler Peter
Engler Pia
Meier Anja
Candan Hasan
Kurer Gabriela
Budmiger Marcel
Ledergerber Michael